

II. Bewerbungsbedingungen

1. Gegenstand der Ausschreibung

Gegenstand der Ausschreibung im offenen Verfahren (§15 VgV) ist der Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung von dentalen Kunst- und Hilfsstoffen sowie die Durchführung der Logistikdienstleistung in der Universitätszahnmedizin.

§ 15 Offenes Verfahren: Bei einem offenen Verfahren fordert der öffentliche Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten auf. Jedes interessierte Unternehmen kann ein Angebot abgeben.

Der Auftrag besteht aus zwei Teilen (§30 VGV – Aufteilung nach Losen):

Leistungsbeschreibung Teil 1 – Artikelübersicht

LOS 1 → Abformung und Füllung, Prophylaxe und Versorgung temporär, Einmalartikel, Röntgen, Labor/Technik, Pharmazeutika, Desinfektion

LOS 2 → Instrumente

Leistungsbeschreibung Teil 2 - Durchführung der Logistikleistung → die an den Standorten des Universitätsklinikums Leipzig AöR und der Medizinischen Fakultät beliefert werden sollen. **Grundsätzlich muss der Auftragnehmer die Waren direkt an die Warenannahme der Universitätszahnmedizin oder anders im Auftrag angegebenen Verwendungsstelle liefern und nur in Ausnahmefällen an die Zentralstelle Betriebliche Logistik Zentrallager, des Auftraggebers.** Die Anlieferadressen befinden sich auf dem Gelände des Universitätsklinikums Leipzig und der Medizinischen Fakultät (im Umkreis von 3 km).

Bei einem Teil, der zu liefernde Artikel („A-Artikel“) müssen spezifische Produkte eines bestimmten Herstellers geliefert werden. Bei den „B-Artikeln“ gilt diese Einschränkung nicht. Die Logistikleistung ist für alle Artikelgruppen gleichermaßen zu erbringen.

Es erfolgt eine Gesamtvergabe pro LOS (Liefer- und Logistikleistung) der kompletten Produktgruppen in **Teil 1** sowie der Logistikleistung in **Teil 2**. Das Angebot ist daher vollständig für alle Produkte und das Logistikkonzept abzugeben.

Vertragsbeginn ist der **01.12.2026**. Die Rahmenvereinbarung wird für 2 Jahre fest geschlossen. Der Vertrag kann optional um weitere 24 Monate verlängert werden. Der Auftraggeber wird sich dazu ein halbes Jahr vor Vertragsende mit dem Bieter abstimmen.

2. Angaben zum Verfahren

2.1. Rechtlicher Rahmen

Die Ausschreibung erfolgt unter Beachtung der Vorschriften des vierten Teils vom Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV).

Die Vergabeunterlagen und alle Informationen, die Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens erhalten, sind vertraulich zu behandeln.

2.2. Verfahren

2.2.1. Verfahrensart

Die Ausschreibung erfolgt im Offenen Verfahren (§15 VgV).

2.2.2. Prüfung der Vergabeunterlagen

Jeder Bieter hat sich nach Erhalt der Vergabeunterlagen unverzüglich über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Bestehen nach Auffassung eines Bieters Widersprüche oder Unklarheiten in den Unterlagen, sind diese dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich, fernschriftlich oder telegrafisch mitzuteilen, spätestens jedoch bis **20.07.2026**, 10 Tage vor Angebotsabgabe.

2.2.3. Fragen

Fragen, die mit dem Vergabeverfahren im Zusammenhang stehen, sind ausschließlich über das Vergabeportal „www.dtv.de“ bis zum **20.07.2026** zu stellen.

Alle Antworten sowie weitere das Vergabeverfahren ergänzende und berichtigende Angaben zu den Vergabeunterlagen oder zum vorgesehenen Verfahrensablauf werden den Bietern ausschließlich auf der Vergabeplattform „www.dtv.de“ mitgeteilt.

Die Identität des Fragestellers wird dabei nicht offenbart. Soweit die Fragen auf die Identität oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Fragestellers, die dieser gegebenenfalls in der Frage zu kennzeichnen hat, schließen lassen, werden die Fragen vor Weiterleitung an andere Bieter entsprechend anonymisiert.

HINWEIS:

Hier ist zu beachten, dass nur registrierte Bieter seitens der Vergabeplattform „www.dtv.de“ über eine neue Nachricht automatisch informiert werden.

Nichtregistrierte Bieter erhalten keine automatische Information und müssen sich zum Erhalt aller vergaberelevanten Informationen aufschalten.

Telefonische Auskünfte werden nicht erteilt! Sie wären - falls sie doch erteilt werden – nicht verbindlich.

Jeder Bieter, der sich an dem Vergabeverfahren beteiligt, unterliegt bis zur Zuschlagserteilung der Kontaktsperre direkt mit dem Anwender / Klinikpersonal. Kontaktversuche seitens des Anwenders / Klinikpersonal mit dem Bieter sind strikt abzulehnen und der Vergabestelle mitzuteilen.

Bei Verstoß gegen diese Kontaktsperre wird der Bieter sofort vom Verfahren ausgeschlossen, siehe § 124 GWB, Punkt 9

Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens ausschließen, wenn das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

2.2.4. Rügen

Erkennt ein Bieter einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, hat er dies gegenüber dem Auftraggeber gem. § 160 GWB unverzüglich zu rügen. Dabei gilt eine Rüge innerhalb von 10 Kalendertagen noch als unverzüglich. Unabhängig davon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Fristen zur Angebotsabgabe, das heißt bis zum **20.07.2026** gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Außerdem müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, ebenfalls innerhalb dieser Frist bei der Vergabestelle gerügt werden.

Verstößt ein Bieter gegen diese Obliegenheiten, ist ein etwaiger Antrag auf Nachprüfung des Vergabeverfahrens gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig.

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Bieters mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann der Rügeführer hiergegen einen Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer stellen. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens alle Verfahrensbeteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB ein Akteneinsichtsrecht haben. Mit der Abgabe eines Angebots wird dieses in die Akten des Auftraggebers aufgenommen. Jeder Bieter muss daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass sein Angebot mit allen Bestandteilen von den anderen Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird. Es liegt daher im eigenen Interesse eines jeden Bieters, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, hinzuweisen und diese in den Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen.

Nachprüfstelle:

Vergabekammer des Freistaates Sachsen
Bei der Landesdirektion Leipzig
PF 10 13 64
04103 Leipzig
Tel.: +49 (0) 341 977-3800/3202
Fax: +49 (0) 341 977-1049
E-Mail: vergabekammer@ids.sachsen.de

3. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieterinnen, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen (vgl. §1 GWB), werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist. Das gilt besonders für Bietergemeinschaften.

4. Form und Bestandteile des Angebotes

4.1. Form und Frist des Angebotes

- 4.1.2. Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen in **deutscher Sprache** abzufassen und **spätestens bis zum 30.07.2026, 12.00 Uhr**, im Vergabeportal www.dtv.de **elektronisch** zur Verfügung zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Die Upload-Größe ist auf 500MB limitiert.

Im Fall einer Überschreitung ist rechtzeitig vor der Angebotsfrist (mind. 24h) die Vergabestelle zu kontaktieren.

Für das Angebot sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden. Die Verwendung selbst gefertigter Abschriften und Kurzfassungen ist unzulässig und führt zum Ausschluss.

Bestandteile des Angebotes:

- Angebotsschreiben
- Ausschreibungsblankett
- Vergabeunterlagen mit Ausnahme des Schreibens „Aufforderung zur Angebotsabgabe“
- Leistungsbeschreibung Teil 1 (LOS1+2) Artikelübersicht → Übersicht Einzelpreise
- Leistungsbeschreibung Teil 2 Durchführung der Logistikleistung → Logistikkonzept
- Anlage 1 Nachweise der Bieter
- Anlage 2 Bieterdaten
- Anlage 3 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
- Anlage 4 Referenzen der Bieter
- Anlage 5 Anerkennung Compliance-Grundsätze
- Anlage 6 Anerkennung Fremdfirmenverordnung
- Anlage 7 Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen
- Anlage 8 Verhaltenskodex für Lieferanten
- Anlage 9 Verpflichtung zur Beachtung des Datenschutzes
- Anlage 10 Anerkennung Anlieferrichtlinien

- 4.1.3. Es gelten die Ausschlussgründe des § 57 VgV. Insbesondere werden Angebote ausgeschlossen, die unzulässige Änderungen oder Ergänzungen der Vergabeunterlagen enthalten.

**Die allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters sind ausgeschlossen.
Ihre Beifügung führt zum Ausschluss des Angebotes.**

Im Angebot sind Hersteller, Artikel-Nummern, die Nettoeinzelpreise, die Gesamtpreise sowie die Verpackungseinheiten für alle Positionen einzutragen. Wird dies nicht beachtet, kann das den Ausschluss des Bewerbers zur Folge haben.

- 4.1.4. Alle Preise sind in **Euro** und Bruchteile in vollen **Cent (2 Stellen nach dem Komma)** ohne und mit Umsatzsteuer anzugeben. Ebenfalls ist die Umsatzsteuer auf dem Angebotsblankett, wie verlangt, unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes anzugeben.

Soweit Preisnachlässe ohne Bedingung gewährt werden, sind diese im Angebotsschreiben an der bezeichneten Stelle aufzuführen.

Alle Angebote und die hierfür erforderlichen Vorarbeiten sind für den Auftraggeber kostenlos.

- 4.1.5.** Es kann bis zum Ablauf der Angebotsfrist schriftlich geändert, berichtigt oder zurückgezogen werden. Nachträgliche Berichtigungen oder Änderungen des Angebotes werden nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist berücksichtigt. Bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden. Das Angebot kann in dieser Zeit nicht geändert oder zurückgezogen werden.

Der Auftraggeber teilt unverzüglich, spätestens innerhalb von 10 Tagen nach Eingang des entsprechenden Antrages, den nicht berücksichtigten Bietern die Gründe für die Ablehnung ihres Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters und den nicht berücksichtigten Bewerbern die Gründe für Ihre Nichtberücksichtigung mit. (§134 Abs. 2 GWB)

Mit der Abgabe seines Angebotes erklärt sich der Bieter damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf sein Angebot, unter den Voraussetzungen des §134 Abs. 1 GWB, sein Name bekannt gegeben wird. Sofern Gründe geltend gemacht werden, die gegen eine Bekanntmachung sprechen, entscheidet die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen.

- 4.1.6.** Das Angebot ist zu den im Leistungsverzeichnis beschriebenen Artikeln abzugeben. Soweit der Bieter Erläuterungen zur Beurteilung des Angebotes für erforderlich hält, sind diese auf einer gesonderten Anlage beizufügen.

4.2. Mustersortiment

- 4.2.1.** Nach Angebotsprüfung behält sich der Auftraggeber vor, Muster abzufordern. Der Bieter ist verpflichtet, die geforderten Muster kostenlos und unverzüglich innerhalb von 4 Tagen zur Verfügung zu stellen. Die Lieferung der Muster erfolgt an folgende Adresse:

**Universitätsklinikum Leipzig AöR,
Zentralstelle betriebliche Logistik
Zentrallager
Philipp-Rosenthal-Straße 27A,
04103 Leipzig
Öffnungszeiten von 06:00 bis 16:00 Uhr**

- 4.2.2.** Alle eingereichten Muster sind mit einem **Musteretikett** zu versehen welches die Artikelgruppe und die Positionsnummer des Leistungsverzeichnisses enthält. Muster, welche nicht entsprechend oder falsch gekennzeichnet sind, werden von der Bewertung ausgeschlossen. Die Muster werden nicht zurückgegeben. Bieter, welche auf die Rückgabe der Muster bestehen, müssen dies bei der Angebotsabgabe schriftlich bekunden.

5. Arbeits- und Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit ihre Bildung durch die jeweiligen Mitglieder im Einzelfall rechtmäßig ist und insbesondere nicht gegen § 1 GWB verstößt. Die aus Bietergemeinschaften hervorgehenden Arbeitsgemeinschaften/Konsortien haften gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Pflichten.

Bei Angeboten von Arbeits- und Bietergemeinschaften, die sich im Auftragsfall zusammenschließen wollen, sind im Angebot die Mitglieder der Gemeinschaft und die federführende Firma zu benennen.

Mit dem Angebot ist eine von allen Gemeinschaftsmitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben, dass die federführende Firma als bevollmächtigter Vertreter, die im Verzeichnis aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und insbesondere berechtigt ist, mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkung Zahlungen anzunehmen, sowie das jedes Gemeinschaftsmitglied für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner haftet.

Bei der Weitergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer sind Sie verpflichtet, nach den allgemeinen Wettbewerbsgrundsätzen der VgV zu verfahren. Es müssen den Verträgen mit Unterauftragnehmern die allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zu Grunde legen. Dem Unterauftragnehmer dürfen Sie keine ungünstigeren Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) zu Grunde legen. Sie sind verpflichtet, ihre Unterauftragnehmer vor oder bei Vertragsabschluss davon zu unterrichten, inwieweit die VOPR 30/53 anzuwenden ist.

6. Nachweise

Die in den Vertragsunterlagen geforderten Nachweise sind vollständig zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Nachweise und Erklärungen nachzufordern. Es besteht allerdings kein Rechtsanspruch des Bieters auf eine Nachforderung fehlender Nachweise/Erklärungen.

Hinweis: Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft, sind die Nachweise von allen Mitgliedern der Gemeinschaft zu erbringen. Die Referenzanforderungen muss die Bietergemeinschaft lediglich insgesamt erbringen.

Von Partnern innerhalb der Wertschöpfungskette, die diesen Prinzipien untreu sind distanzieren wir uns ausdrücklich.

Die Bieter haben Referenzen zu den in den letzten 3 Jahren erbrachten Leistungen, ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung, die mit der hier ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, vorzulegen.

Als vergleichbar gewertet werden nur Referenzen über eine Leistungserbringung, bei der die Lieferungen über einen Zeitraum von mindestens ein Jahr in einem ähnlich großen Versorgungsumfang z.B. Krankenhaus der Maximalversorgung oder ähnlich großen Zentrum für Zahnmedizin. Dabei handelt es sich um Mindeststandards.

Qualitätsmanagement

Der Bieter beschreibt ausführlich, wie er sein Qualitätsmanagement einbringen und zum Nutzen des Auftraggebers umsetzen will.

Dazu gehören Ausführungen zum:

- Personalmanagement
- Einweisungen Mitarbeiter Auftragnehmer
- Belehrungen/Schulungen Mitarbeiter Auftragnehmer
- Beschwerdemanagement
- Erreichbarkeit des Auftragnehmers
- Mängelerfassung/ Mängelbearbeitung
- Rückmeldung an den Auftraggeber

Zusätzlich ist dem Angebot das CE-Zertifikate ISO 9001 beizulegen. **ISO 9001** legt die Mindestanforderungen an ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) fest, denen eine Organisation zu genügen hat, um Produkte und Dienstleistungen bereitstellen zu können, welche die Kundenerwartungen sowie allfällige behördliche Anforderungen erfüllen.

7. Zuschlagskriterien

Den Zuschlag erhält das insgesamt wirtschaftlichste Angebot nachfolgenden Wertungskriterien Punkt 7.1.

7.1. Bekanntgabe der Wertungskriterien

Zuschlagskriterium	Gewichtung
Preis - Artikel LOS 1+2	65%
Preis - Logistikdienstleistung	15%
Qualität - fachlicher Wert	15%
Qualität - Leistungsübernahmekonzept	5%

= 100%

7.1.2. Preis Leistungsbeschreibung Teil 1 → 65%

Das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis wird mit 65% gewichtet.
Alle darüber liegenden Angebote werden prozentual abgestuft.

7.1.3. Fachlicher Wert → 15%

Es obliegt den verantwortlichen Fachbereichen des Einkaufs, der Anwender in der Klinik und der Krankenhaushygiene zu urteilen, in welcher Qualität, Funktionalität die Artikel nach dem unten aufgeführten Schema bewertet werden und welche Punktevergabe erfolgt.

	Bewertungskriterien	Planpunkte
1.	Verpackung (Größenverhältnis, Handling öffnen)	3
2.	Handhabung (Eignung abweichender Artikel)	3
3.	Mengen/Verpackungsinhalt (Unterverpackung)	3
	Mögliche Gesamtpunktzahl	9

Maximal können bei diesem Bewertungsverfahren 9 Punkte erreicht werden.
Das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl wird mit 15 % gewichtet.
Alle darunterliegenden Angebote werden prozentual abgestuft.

Wertungsmatrix (fachlicher Wert):

- 3 Punkte - übertrifft Anforderungen deutlich
- 2 Punkte - erfüllt Anforderungen vollständig
- 1 Punkt - erfüllt Mindestanforderungen

7.1.4. Logistikdienstleistung Leistungsbeschreibung Teil 2 → 15%

Personal (Servicemitarbeiter) Bieter zur Logistikleistung

Das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis wird mit 15% gewichtet.
Alle darüber liegenden Angebote werden prozentual abgestuft.

Konditionen für Servicemitarbeiter nach MiLoG:

Für die definierte Leistung wird ein Betrag (**im Ausschreibungsblankett zu notieren**) pro Stunde inkl. Fahrtkosten berechnet. Es sind ca. 6 Stunden Serviceleistungen pro Woche vorgesehen. Die geleisteten Arbeitsstunden sind von der/den verantwortlichen Versorgungsassistenten/in zu quittieren.

Die Servicekosten werden jeweils einmal im Quartal in Rechnung gestellt.

Der abgezeichnete Stundennachweis ist als Kopie beizufügen.

Die Servicekosten und Serviceleistung werden einmal im Halbjahr vom UKL geprüft und ggf. in Abstimmung korrigiert, sofern der Aufwand eine Veränderung erforderlich macht.

Der Auftragnehmer hat für seine Leistungen einen in der ausgeschriebenen Dienstleistung erfahrenen Ansprechpartner für die gesamte Vertragslaufzeit zu stellen. Dieser ist im Angebot bzw. spätestens nach Zuschlagserteilung mit Telefonnummer und E-Mailadresse zu benennen. Für eine kompetente Vertretung in Urlaubs- und Krankheitsfällen ist Sorge zu tragen. Der Auftraggeber (Bereich 2, Abt. Materialwirtschaft) ist über die Abwesenheit und die Vertretungsregelung sofort zu informieren.

7.1.5. Leistungsübernahmekonzept → 5%

Die Punktevergabe erfolgt nach dem in der Vorbemerkung zur Leistungsbeschreibung genannten spezifischen Inhalten zum Leistungsübernahmekonzept:

- Zeit-Maßnahme-Plan
- Personaleinsatz bei Umstellung und Erstbestückung
- Rückkopplung zum Auftraggeber über aktuellen Sachstand
- Definition der erforderlichen Mitwirkungshandlungen seitens des Auftraggebers

	Bewertung	Planpunkte
1.	Zeit-Maßnahme-Plan	3
2.	Personaleinsatz bei Umstellung und Erstbestückung	3
3.	Rückkopplung zum Auftraggeber über aktuellen Sachstand	3
4.	Definition der erforderlichen Mitwirkungshandlungen	3
	Mögliche Gesamtpunktzahl	12

Maximal können bei diesem Bewertungsverfahren 12 Punkte erreicht werden.

Das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl wird mit 5 % gewichtet.

Alle darunterliegenden Angebote werden prozentual abgestuft.

Wertungsmatrix (Leistungsübernahmekonzept):

3 Punkte – Konzept übertrifft Anforderungen deutlich

2 Punkte - erfüllt Anforderungen vollständig, Konzept plausibel

1 Punkt - Konzept erfüllt Mindestanforderungen

7.2. Zusätzliches zum Servicemitarbeiter:

Der Auftraggeber setzt voraus, dass das vom Auftragnehmer beim Auftraggeber vor Ort eingesetzte Personal zur Sicherstellung der Abläufe die entsprechende fachliche Eignung besitzt.

Der Auftraggeber erwartet, dass ausschließlich sozialversicherungspflichtiges Personal beschäftigt wird. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nur beschäftigt werden, wenn gültige Arbeits- und Aufenthaltspapiere vorliegen. Sie müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Das Personal hat Namensschilder mit Firmenkennung zu tragen und erhält einen Fremdfirmenausweis vom Auftraggeber. Der Ausweis muss vom Mitarbeiter des Auftragnehmers sichtbar getragen werden (Fremdfirmenordnung).

Der Auftragnehmer hat sein Personal nachweisbar zu belehren, dass über hausinterne Informationen und Vorgänge Verschwiegenheit zu wahren ist, alle gesetzlich geforderten Belehrungen zum Arbeitsschutz durchgeführt werden und zu beachten sind.

Bei besonderen Vorkommnissen (z. B. Havarien) den Anweisungen der vom Auftraggeber eingesetzten Kontrollpersonen und des Sicherheitsbeauftragten Folge zu leisten bzw. die Anweisungen umzusetzen sind.

8. Datenschutz / Vertraulichkeit / Geheimhaltung:

Der Bieter bestätigt die Beachtung des Datenschutzes (Art. 5 DS-GVO sowie gem. § 203 StGB i.V.m. § 1 VerpflG in der jeweils geltenden Fassung), insbesondere zur Wahrung der Vertraulichkeit und zur Wahrung des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses. Der Bieter ist zur Geheimhaltung aller Informationen (Preise, Patientendaten etc.) verpflichtet, die jeweils als vertrauenswürdig/Geheimhaltungsbedürftig gekennzeichnet oder als solche aufgelistet wurden und die nicht offenkundig sind. Dies gilt sowohl für Informationen über das Universitätsklinikum als auch der Medizinischen Fakultät sowie patientenbezogene Daten. Gesundheitsdaten unterliegen als Kategorie besonderer personenbezogener Daten einem ausgesprochen hohen Schutz.

9. EU- Antiterrorverordnungen

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass nach den so genannten EU–Antiterrorverordnungen (EG 2580/2001 und EG 881/2002) die Vergabe von Aufträgen an Bieter, die selbst oder deren Mitarbeiter diesen Verordnungen unterfallen, verboten sind.

Bieter haben sich bei der Vergabe von Unteraufträgen zu vergewissern, dass sie dabei nicht selbst gegen die Verordnungen verstoßen.

Ende der Bewerbungsbedingungen-